



Donnerstag, 25. Juni 2026, 17:00 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Zeltstadt Berlin

In Berlin leben mehrere Tausend Menschen auf der Straße, viele davon in Zelten. Die Behausungen prägen bisweilen das Stadtbild – sofern sie nicht zwischenzeitlich geräumt werden.

von Björn Kosjak
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Pajor Pawel, mark gusev)

Ob Parkbänke, Straßenbahnhaltestellen oder Treppenhäuser: In Berlin wird die zunehmende Verelendung vor allem angesichts der Vielzahl an

Obdachlosen sichtbar. Zwar gibt es Notunterkünfte und weitere Hilfsangebote, doch stößt die bestehende Infrastruktur sichtlich an ihre Grenzen. Viele Betroffene nisten sich daher in Zelten ein, wenngleich die Gesetzes- und Ordnungshüter oftmals dagegen einschreiten. Manche Obdachlose ziehen ein Zelt dennoch einer Notunterkunft vor – und das aus guten Gründen. Ein Beitrag zur Sonderausgabe „Armut in Deutschland“ (<https://www.manova.news/sonderausgaben/2>)“.

Wer nach den bekanntesten Bezirken und Stadtteilen Berlins fragt, erhält üblicherweise Antworten wie „Kreuzberg“ – alternativ, zumindest war es das einmal –, „Neukölln“ – Müll, Lärm, Rütli-Schule, sozialer Brennpunkt – und „Prenzlauer Berg“. Mit Prenzlauer Berg verbindet sich hingegen meist ein gänzlich anderes Image: wohlhabende Akademikerfamilien, kinderreich, sanierte Gründerzeitaltbauten. Das einstige Arbeiterviertel in der DDR mauserte sich zum bevorzugten Biotop eines Milieus, das vornehmlich mit den Grünen sympathisiert, zur Fortbewegung gern in die Pedale des (Lasten-)Rads tritt und Verelendung oftmals nur aus Erzählungen – oder eben aus Neukölln – kennt. Auf den ersten Blick könnte man meinen, Prenzlauer Berg habe der Armut den Kampf angesagt und sie erfolgreich verbannt.

Unter der U-Bahn-Brücke an der Station „Eberswalder Straße“ zeigt sich allerdings ein anderes Bild: Mehrere aneinandergereihte Zelte dienen Obdachlosen als Unterkunft. Dort sind sie zumindest den besonders unangenehmen Witterungsbedingungen nicht völlig schutzlos ausgeliefert. Vor etwa zwei Jahren waren derartige Zeltsiedlungen nahezu überall in Berlin präsent: Ob auf kleinen

Grünflächen, an Abhängen neben S-Bahn-Trassen oder unter den Bahnbrücken wichtiger Verkehrsknotenpunkte – über weite Teile der Innenstadtbezirke tauchten immer wieder derartige provisorische Behausungen auf.



Obdachlosen-Zelte unter dem U-Bahn-Viadukt in Berlin-Prenzlauer Berg, Bild: Björn Kosjak

Mittlerweile sind viele der Zeltlager verschwunden. Bleibt die Frage, ob diese Entwicklung auf ein ausgedehntes Hilfsangebot für Obdachlose oder außerordentlich umfangreiche Programme zur Armutsbekämpfung in der deutschen Hauptstadt zurückzuführen ist.

Es drängt sich allerdings ein anderer Erklärungsansatz auf: Die Bezirke haben die Möglichkeit für sich entdeckt, von Räumungen Gebrauch zu machen – und tun dies tatsächlich in nicht geringem Maße. Das für Prenzlauer Berg zuständige Bezirksamt Pankow spricht auf Anfrage von einer „Ultima Ratio“, nachdem Sozialarbeiter zuvor das Gespräch mit den Betroffenen gesucht hätten.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres führte das Ordnungsamt allein in Pankow 14 Räumungen durch. Die Behörde stellt klar, dass die dauerhafte Nutzung des öffentlichen Raums für Zeltlager nicht erwünscht sei.

Platzverweise würden lediglich eine temporäre Lösung darstellen; ein Aufenthaltsverbot könne zudem nur die Polizei aussprechen – und das ausschließlich dann, wenn konkrete Gefahren für die öffentliche Sicherheit von einer Person ausgingen. Die „juristischen Hürden“ hierfür seien „sehr hoch“.

Für die Betroffenen bedeutet das Vorgehen des Bezirks ein Katz- und-Maus-Spiel, wie mir eine rumänische Frau und ihr Neffe, die im Zeltlager an der Eberswalder Straße unterkommen, erläutern. Sie würden seit fünf Jahren auf der Straße leben. Es gebe keine Unterstützung vom Staat, etwa in Form von Leistungen des Jobcenters. Der Neffe verkauft ein Obdachlosenmagazin; zwei Euro des Verkaufspreises verbleiben bei ihm. Das Ordnungsamt komme immer wieder und kündige die Räumung etwa zwei Tage im Voraus an. In dieser Zeit hielten die Betroffenen nach einem „Ausweichquartier“ Ausschau, ehe sie wieder zurückkehrten. Anschließend räumten die Behörden gemeinsam mit der Polizei die Zelte.

Wer Obdachlosigkeit automatisch mit Migration in Verbindung bringt, der irrt übrigens: Dem 2024 zuletzt veröffentlichten **Wohnungslosenbericht der Bundesregierung** (https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/wohnen/wohnungslosenbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=1) zufolge sind 64 Prozent der Obdachlosen im Bundesgebiet Deutsche. 2022 waren dem Statistischen Bundesamt zufolge in Deutschland 178.000 Menschen wegen Wohnungslosigkeit untergebracht, ein Jahr später betraf das Phänomen bereits 372.000 Personen. 2024 waren 439.500 Menschen in einer Notunterkunft untergebracht.

Im vergangenen Jahr lag die Zahl der „untergebrachten wohnungslosen Personen“, so der offizielle Terminus, bei 474.700 – allein in Berlin traf dies auf 53.610 Personen und damit 11,3 Prozent der in Deutschland erfassten Wohnungslosen zu.

Das Statistische Bundesamt erklärt den Anstieg zum Teil mit einer verbesserten Datenmeldung sowie mit einigen hunderttausend geflüchteten Ukrainern, die entsprechend in die Statistik eingehen. Aus den Daten geht jedoch auch hervor, dass immer mehr Deutsche von Wohnungslosigkeit betroffen sind: 2022 waren es noch 55.035 Personen, 2025 bereits 65.700. Ferner gibt es Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind und bei Freunden, Bekannten oder Familienangehörigen unterkommen, weil sie kein aufrechtes Mietverhältnis mehr aufweisen können. Beim zuletzt genannten Phänomen sprechen Forscher von „verdeckter Wohnungslosigkeit“. Laut offiziellen Zahlen fallen rund 2.400 Personen unter diese Kategorie – die Dunkelziffer dürfte jedoch deutlich höher liegen.

Der unter dem Kabinett Scholz veröffentlichte Wohnungslosenbericht fasst die Lösung der Misere messerscharf zusammen: Der „europäische Vergleich“ zeige, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum bereitgestellt werden müsse. Ähnlich erkenntnisreich: Vor allem steigende Mieten in den Ballungsräumen stellten ein Problem dar – insbesondere für „Menschen mit geringen Einkommen oder Menschen, die ihre Wohnung bereits verloren haben“.

Jörg Bellin, Leiter der Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe der Johanniter, ging bei einer Anfang Juni in Berlin abgehaltenen Podiumsdiskussion auf die Grenzen der Infrastruktur ein und verwies dabei auf die Notübernachtungsstelle der Hilfsorganisation in Berlin-Kreuzberg: Täglich seien 160 Gäste im Haus, um etwa Essen zu erhalten. 88 Schlafplätze stünden zur Verfügung – ausschließlich für Männer. Mindestens sieben Personen müssten

sich einen Raum teilen. Neuerdings habe man eine Sozialarbeiterin eingestellt; mehr als zwei bis drei Beratungen seien allerdings an einem Abend nicht möglich. Obdachlose lebten folglich zumeist 14 Stunden täglich auf der Straße. An 24/7-Unterkünften herrscht hingegen ein Mangel: Es gibt lediglich eine solche Einrichtung, die sich ausschließlich an Frauen richtet. Während der Corona-Zeit waren es mehr, aber der Berliner Senat scheint die Frist versäumt zu haben, weitere EU-Fördermittel für das Projekt abzurufen.

Aleksander (Name geändert) kennt das Thema Obdachlosigkeit aus erster Hand. Der Niedersachse kam vor acht Jahren nach Berlin. Er verlor seine Bleibe durch einen Brand: Eine Wohnung in der dritten Etage des Mehrparteienhauses fing Feuer; dabei kam ein Mann ums Leben und 13 Personen wurden verletzt. Aleksander kontaktierte die Hausverwaltung, die sich jedoch, wie er sagt, „einen Scheiß darum gekümmert“ habe. Zwei oder drei Monate lang habe er seine Wohnung nicht betreten dürfen. Der Vermieter sei sogar juristisch gegen ihn vorgegangen. Aleksander sei das schließlich zu viel geworden, sodass er seinen Mietvertrag fristlos kündigte. Die Kautions habe er nie zurückerhalten.

Unterdessen musste sich Aleksander nach Alternativen umsehen: Er habe aufgrund der Belastung seine Arbeit verloren. Die Anwartschaftszeit für Arbeitslosengeld erfüllte er nicht, folglich beantragte er Bürgergeld. Das Jobcenter habe jedoch einen zwischenzeitlich abgeschlossenen Untermietvertrag beanstandet – und Aleksander stand ohne Obdach da.

Der 32-Jährige schlief unter anderem in Treppenhäusern und suchte Notunterkünfte auf. Meist habe er dort keinen Platz bekommen. Stattdessen habe er mitansehen müssen, wie Flüchtlingen eine Bleibe bereitgestellt werde, während er selbst leer ausgegangen sei.

Die ihm bekannten Wohnheime beschreibt er als „ranzig“: Er habe in heruntergekommenen Zimmern mit einer zweiten Person leben müssen; Gestank und mangelnde Privatsphäre hätten ihn schließlich auf die Straße getrieben.

Aktuell hat er sich in einem Zelt im Berliner Tiergarten niedergelassen. Wer den Park über den Gehweg in der Nähe des Bahnhofs Zoologischer Garten betritt, stößt auf zahlreiche dieser Notbehausungen.



Bild: Björn Kosjak



Bild: Björn Kosjak



Zelte im Großen Tiergarten in Berlin, Bilder: Björn Kosjak

Im Sommer sei das Leben im Zelt durchaus angenehm, stelle einen Rückzugsort und gar ein „Stück Freiheit“ für Aleksander dar. Der

Staat lasse Betroffene zu sehr im Stich: Kirchliche Einrichtungen müssten aushelfen, während der Staat mit unverständlichen Gesetzen aufwarte. Einerseits sei es schwer, der Obdachlosigkeit zu entfliehen. Andererseits verteuere sich Wohnraum, da die Regierung Atomstrom und Gasheizungen verbiete, um Deutschland emissionsfrei zu machen.

Tatsächlich liegen die Mietkosten in der Bundeshauptstadt bereits auf Spitzenniveau – und steigen weiter an: So geht aus dem aktuellen Mietspiegel hervor, dass die mittlere Nettokaltmiete in Berlin in den letzten zwei Jahren erneut deutlich gestiegen ist. Die Erhöhung beträgt sieben Prozent.

Was bedeuten diese Zahlen in der Praxis? Eine Zwei-Zimmer-Wohnung in Prenzlauer Berg schlägt gut und gern mit einer Warmmiete von 1.500 Euro zu Buche. In anderen Bezirken sieht es kaum besser aus: Selbst in Neukölln sind die Kosten nur geringfügig weniger.

Zurück zu Aleksander: Er erklärt, dass es immerhin keine Probleme mit dem Ordnungsamt oder der Polizei gebe, was sein Zelt anbelangt. Die Beamten akzeptierten die Behausungen in der Nähe des Bahnhofs Zoologischer Garten. Aleksander wünscht sich eine Rückkehr ins normale Leben: Der Einzelhandelskaufmann möchte wieder arbeiten, sich Dinge leisten, Freunde in die eigenen vier Wände einladen – und schlicht eine Tür, die man hinter sich abschließen kann.



Björn Kosjak, Jahrgang 1987, hat Soziologie studiert

und verfügt über sechs Jahre Erfahrung als Redakteur. Mittlerweile arbeitet er als freier Journalist und veröffentlichte seine ersten Artikel bei der Freien Medienakademie.